

Ordentliche Landesdelegiertenkonferenz Hagen 20.-22. März 2009

AntragstellerIn: **Grüne Jugend NRW**

TO-Gegenstand: **Bildung**
- Änderungsantrag zu B-1



Antrags-Nr.:

B-1.6 a-k

Änderungsanträge zum Antrag „Das Recht auf die beste Bildung für alle“

5

a) Zeile 114

Streichen:

10 „der Schulentwicklung“

Begründung:

15 Wir wollen keinen schleichenden Prozess in den Kommunen, sondern eine einheitliche Reform des Bildungssystems in ganz NRW. Siehe dazu auch die Begründung des Änderungsantrages betreffend die Zeilen 128-171.

b) Zeilen 128-171

Ersetzen durch:

20

„Daraus resultiert, dass das primäre Ziel grüner Bildungspolitik ein nordrhein-westfälisches Schulsystem ist, das nicht aussondert, sondern längeres gemeinsames Lernen und individuelle Förderung der SchülerInnen gewährleistet.

25 Die nordrhein-westfälischen Kommunen haben in den vergangenen Monaten ausdrücklich dokumentiert, dass das derzeitige Schulsystem für sie nicht mehr praktikabel ist. Neben dem Interesse vieler Städte und Gemeinden an der besten Bildung für ihre Kinder und Jugendliche stehen viele Kommunen auch aufgrund sinkender Schülerzahlen unter Druck. Ohne die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems werden viele Gemeinden vor der Schließung ihrer letzten weiterführenden Schule stehen – mit gravierenden Folgen für die betroffenen Kommunen, die an Attraktivität, Lebensqualität und wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit verlieren. Deshalb hat in einigen Städten und
30 Gemeinden Nordrhein-Westfalens die Neustrukturierung des Schulsystems längst begonnen. Wir wollen die Schule für alle, aber nicht nur dort, wo demographische Zwänge bestehen, sondern in ganz NRW!

Begründung:

35 Die alleinige Festlegung der Schulstruktur auf kommunaler Ebene führt dazu, dass sich die Bildungslandschaft in NRW zersplittert. Ein Umzug von Warstein nach Köln könnte für SchülerInnen und Eltern einen Umzug zwischen komplett verschiedenen Schulsystemen bedeuten. Eine Schule für alle Kinder soll überall in NRW vorhanden sein, nicht nur in reformwilligen Kommunen, denen aufgrund des demographischen Wandels die Kinder abhanden kommen. Wir treten für eine gemeinsame Schule ein, da das derzeitige mehrgliedrige Schulsystem höchst unsozial und selektiv ist. Auch in vielen Kommunen gibt es unüberwindbare ideologische Grabenkämpfe. Aus diesen
40 Gründen muss die Debatte über die Schulstruktur auf Landesebene weitergeführt werden.

Eine zu starke Fixierung auf die Gestaltungskraft der Kommunen lässt vermuten, dass wir Grüne uns auf Landesebene nicht mehr über die Frage der Schulstruktur streiten wollen. Man könnte sogar glauben, wir hätten kapituliert. Diesen Anschein wollen wir auf keinen Fall erwecken. Gelingt es nicht, ein flächendeckendes
45 Gemeinschaftsschulwesen in NRW zu schaffen, können ähnlich wie durch die Auflösung der Grundschulbezirke auch weiterführende Schulen in Nachbarstädten zu „Inseln“ für Eliten werden. Wir werden bei den Wahlen, insbesondere der Landtagswahl, für ein starkes grünes Ergebnis kämpfen mit der Zielsetzung eine gemeinsame Schule für alle landesweit einzurichten!

50

Wir unterstützen Schulen, die heute schon integrativ arbeiten, und statten sie besonders aus

55

Schulen, die jetzt schon alle Bildungsgänge des heute noch gegliederten Schulsystems organisatorisch und pädagogisch in sich vereinen und die ausgehend von der Wertschätzung der Vielfalt ihrer Schülerinnen und Schüler integrativ arbeiten, müssen für diese Leistung besonders ausgestattet und unterstützt werden. Es darf keine Klassen mit mehr als 25 Schülerinnen und Schülern geben, damit individuelle Förderung gewährleistet werden kann.

60

Begründung:

Es ist ungerecht, wenn die Klassengröße und die finanzielle Förderung zu deren Verringerung von der Struktur der Schule abhängt. Kleine Klassen und individuelle Förderung muss bereits im bestehenden System weit möglichst umgesetzt werden.

65

d) Zeile 229

Ersatzlos streichen: „viele Schulversagerinnen und Schulversager“

70

Begründung:

Wir finden diese Formulierung diskriminierend gegenüber SchülerInnen, die Opfer eines ungerechten Schulsystems sind. Nicht die SchülerInnen versagen, sondern das System.

75

e) In Zeile 247 vor „Jeder Unterricht“ einfügen:

Das Sitzenbleiben ist unzeitgemäß. Anstatt gezielt die Defizite von SchülerInnen anzugehen, werden diese mit einem Extrajahr abgestraft. Wir fordern die umgehende Abschaffung des Sitzenbleibens, stattdessen bedarf es einer individuellen Förderung, insbesondere von schwächeren SchülerInnen.

80

Danach „Jeder Unterricht ist individuelle Förderung“ streichen und weiter mit: Der Unterricht muss geprägt sein von Methodenvielfalt, ...

85

Begründung:

In einer Schule, in der individuelle Förderung, das Lernen in kleinen Gruppen und das Individuum jeder/jedes einzelnen SchülerIn im Vordergrund stehen, hat das Sitzenbleiben keinen Platz. Diese antiquierte disziplinarische Maßnahme, die es in den wenigsten Ländern der Welt überhaupt gibt, macht SchülerInnen Angst, setzt sie unter Druck und demotiviert sie. Mit der Abschaffung des Sitzenbleibens sind endlich die Lehrkräfte in der Verantwortung, alle Kinder und Jugendliche so zu fördern, dass sie im Unterricht mitkommen.

90

f) In Zeile 252 einfügen:

95

Die Leistungsbewertung in der Schule sollte dazu dienen, den SchülerInnen eine Rückmeldung über ihren Lernstand zu geben. Sie darf nicht den Zweck haben, SchülerInnen unter Druck zu setzen oder für eine schlechte Leistung zu bestrafen. Das Bewerten mittels Ziffernnoten aber hat genau diesen Effekt. Es versucht die individuellen Leistungen in schubladenartige Kategorien einzuordnen anstatt sie differenziert zu betrachten. Wir fordern die Einführung alternativer Formen der Rückmeldung wie individuelle Lernvereinbarungen und Lerntagebücher! Außerdem setzen wir uns für die sofortige Abschaffung der Kopfnoten ein. Verhalten und Charakter eines Menschen sind Teil seiner Persönlichkeit und mit keinerlei Notenmaßstab zu bewerten. Kopfnoten sind nur ein weiteres Disziplinarmittel und besitzen keinerlei Aussagekraft über eine Schülerin oder einen Schüler.

100

105

Begründung:

Die von der schwarz-gelben Landesregierung eingeführten Kopfnoten sind unsinnig und veraltet. Es ist nicht möglich den individuellen Charakter von SchülerInnen in drei Ziffern auszudrücken. Sie stehen einer freien Entfaltung entgegen. Deshalb gehören die Kopfnoten wieder abgeschafft!

110

Weiterhin sprechen wir uns für die Abschaffung jeglicher Ziffernnoten aus. Diese sind nicht in der Lage, Lernerfolge sowie Schwächen und Stärken der SchülerInnen differenziert zu dokumentieren. Wenn wir uns schon am skandinavischen Bildungssystem orientieren, dann auch konsequent! Dort gibt es nämlich anstelle von Ziffernnoten

B-1.6 a-k

individuelle Lerntagebücher, welche die Entwicklung der SchülerInnen dokumentieren und Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen aufweisen, wo und wie Schwächen beseitigt und Stärken gefördert werden können.

115

g) Zeilen 255-258: „Durch einen auf den Umgestaltungsprozess bezogenen Innovationsfonds wollen wir den Schulen, die sich auf den Weg zur neuen Schule machen, mit gezielten Fortbildungs- und Qualifizierungsmitteln unterstützen“ **ersatzlos streichen**

120

Begründung:

Hinfällig, da wir eine landesweite Reform mit dem Ziel einer Schule für alle anstreben (siehe Begründung zum Änderungsantrag zu den Zeilen 128-171).

125

h) Zeile 301:

Einfügen hinter u.a.: „Einführung einer Schule für alle,“

130

Sowie: Zeile 311-312:

Ersatzlos streichen

„einschließlich der Entscheidung über die Zusammenführung unterschiedlicher Bildungsgänge“

Begründung:

135

Diese Maßnahme ist so wichtig, dass sie nicht von jeder Kommune selbst durchgeführt werden sollte. Stattdessen bedarf es eines einheitlichen Prozesses (siehe Begründung zum Änderungsantrag zu den Zeilen 128-171).

140

i) Zeile 366-371

Ersetzen durch:

Wir wollen das Recht auf eine warme, gesunde und kostenlose Schulmahlzeit im Schulgesetz verankern.

Begründung:

145

Die Mahlzeit muss für alle Kinder kostenlos sein, damit diesen unabhängig von den finanziellen Mitteln der Eltern ein Mittagessen zur Verfügung steht ohne einzelne Kinder und Jugendliche zu stigmatisieren. Damit wollen wir auch Kindern ein warmes Essen ermöglichen, deren Eltern aus Gründen versteckter Armut oder Scham vor Offenlegung der finanziellen Situation kein Schulessen bezahlen können oder wollen. Außerdem legen wir Wert auf nahrhaftes und biologisches Essen.

150

j) Zeile 371 einfügen:

„Religiöse und kulturelle Bedürfnisse müssen berücksichtigt werden.“

155

Begründung:

Kulturelle und religiöse Vielfalt sind längst Alltag in unserer Gesellschaft und natürlich auch in den Schulen. Bedürfnisse, wie zum Beispiel die Einhaltung von jüdischen oder muslimischen Speisevorschriften, müssen berücksichtigt werden, damit alle Kinder an der Schulmahlzeit teilnehmen können und zudem der interreligiöse und interkulturelle Austausch gefördert wird.

160

k) Zeile 403:

Ersatzlos streichen:

„Dabei wollen wir die eine Schule für alle Kinder von unten wachsen lassen und setzen auf die Kooperation aller Beteiligten vor Ort.“

165

Begründung:

170

Der Grundstein für eine Schule für alle muss auf Landesebene gelegt werden. Nur so können wir die Ungleichheit der Bildungslandschaft verschiedener Kommunen in NRW beseitigen (siehe Begründung zum Änderungsantrag zu den Zeilen 128-171).

175

AntragstellerInnen:

GRÜNE JUGEND NRW

180

Andrea Asch, KV Köln
Arvid Bell, KV Euskirchen
Ingo Bowitz, KV Bielefeld
Janosch Dahmen, KV Ennepe-Ruhr

185

Katharina Dröge, KV Köln
Ario Ebrahimpour Mirzaie, KV Köln
Marcel Gießwein KV Ennepe-Ruhr
Karen Haltaufderheide, KV Ennepe-Ruhr
Sophie Karow, KV Aachen

190

Bärbel Keiderling, KV Mark
Moritz Keßler, KV Aachen
Tobias Lauszat, KV Essen
Nils Lessing , KV Mettmann
Max Löffler, KV Köln

195

Eva Malecha, KV Aachen
Hans Christian Markert, KV Rhein-Kreis Neuss
Dennis Melerski, KV Gelsenkirchen
Christian Michalak, KV Bochum
Irene Mihalic, KV Gelsenkirchen

200

Jochen Nadolski-Voigt, KV Unna
Josefine Paul, KV Münster
Barbara Richter, KV Hagen
Daniel Sandhaus, KV Münster

205

Matthias Schneider, KV Duisburg
Ingmar Wichert, KV Ennepe-Ruhr
Robert Zion, KV Gelsenkirchen